

**Zeitschrift:** Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 50 (1971)  
**Heft:** 5

**Artikel:** Faschistische Provokation in Italien  
**Autor:** Koppel, Helga  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-338377>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 30.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## **Faschistische Provokation in Italien**

Seit etwa einem Jahr finden in Italien zahllose Bombenattentate statt, werden bewaffnete Überfälle auf Arbeiter- und Studentenorganisationen sowie auf Einzelpersonen unternommen, pompöse Aufmärsche und Veranstaltungen mit provokatorischen faschistischen oder faschistoiden Reden veranstaltet. Besonders bei den Überfällen war immer wieder zu beobachten, dass die örtlichen Polizeistellen nicht gegen die Attentäter eingriffen (selbst wenn sie Hinweise auf bevorstehende Attacken erhielten) und damit die Übergriffe auf demokratische Institutionen begünstigten. Was spielt sich heute in Italien ab: Ist das Land auf dem Weg zu einem neuen Faschismus? Und welche Kräfte sind es, die die starken Positionen der italienischen Kommunisten, Sozialisten und Gewerkschaften anzugreifen versuchen?

Zunächst ein paar Zahlen: Bei den letzten Parlamentswahlen 1968 erhielten die Faschisten (Movimento Sociale Italiano MSI) 4,5 Prozent der Stimmen, die Kommunisten, Sozialisten und Linkssozialisten zusammen etwa 46 Prozent. Ein leichter Unterschied besteht nahezu für alle Parteien zwischen dem Norden und dem Süden des Landes. In der Lombardei erhielten die MSI 3,3 Prozent, in Kalabrien 5,4 Prozent, wobei ihr Prozentsatz in Rom mit 9,5 Prozent am höchsten liegt. Das erklärt sich daraus, dass die Beamten während mehr als 20 Jahren Faschismus die einzigen waren, die wirklich von dem Regime profitierten, sowohl was ihre Bezahlung als aber auch ihre Machtbefugnisse betraf. Von ihnen sitzen heute noch viele in dem lächerlich veralteten und unnütz aufgeblasenen Verwaltungsapparat Roms.

Zweifellos ist es die Stärke der demokratischen Kräfte, die sich in den letzten drei Jahren noch weiterentwickelt hat und deshalb zumindest einen Teil der Reaktion auf den Plan ruft, um weitere Demokratisierung zu verhindern und verlorengegangene Positionen zurückzuerobern. 1969 hat die Arbeiterklasse im «heissen Herbst» neue Tarifverträge erkämpft, die insgesamt 5½ Millionen Arbeiter erfassen. Seither können die Unternehmer nicht mehr ungeniert ihre Politik der niedrigen Löhne betreiben, die sie auf dem internationalen Markt so konkurrenzfähig machen, und müssen darüber hinaus den Arbeitern in den Betrieben neue Rechte einräumen. Im Verlauf der Kämpfe hat sich die gefürchtete Einheit der Arbeiterklasse von der Basis her so weiterentwickelt, dass ihre organisatorische Vollendung, das heisst das Zusammenlegen der drei Hauptgewerkschaften (CGIL – kommunistisch-sozialistisch, CISL – christdemokratisch, UIL – sozialdemokratisch) nur noch eine Frage von Monaten ist.

Ein weiterer Schlag für die Reaktion war die Einrichtung der autonomen Regionen, die bereits 1948 in der italienischen Verfassung vorge-

sehen, aber bisher nicht verwirklicht worden war. Italien ist in 16 Regionen mit Normalstatut und fünf mit Sonderstatut aufgeteilt. Ihre Selbständigkeit, das heisst ihre Unabhängigkeit von Rom, wurde aber nur in den fünf Regionen mit Sonderstatut verwirklicht. Es hat die demokratischen Kräfte des Landes mehr als 20 Jahre harter Kämpfe gekostet, bis das Versprechen der Verfassung eingelöst wurde. Im Jahre 1970 haben endlich Wahlen für die Regionalräte stattgefunden. Das bedeutet allerdings noch nicht, dass sich die Regionen damit konstituiert hätten. Fest steht nur, dass sie laut Gesetz ab 1972 funktionieren sollen. Die verschiedenen Regionen haben sich bisher jeweils verschiedene Statute gegeben, die noch vom italienischen Parlament bestätigt werden müssen. Bereits dieser Anfang einer Demokratisierung aber hat die Reaktion auf den Plan gerufen. Ihre Furcht ist nicht unberechtigt, vor allem im Süden des Landes.

Dieser Süden ist noch immer sowohl ökonomisch als auch sozial und politisch unterentwickelt. Schuld daran sind die Industrie des Nordens und alle italienischen Regierung nach 1945, die einen inneritalienischen Kolonialismus begünstigten. Der Norden benützt den Süden als Lieferer von billigen Arbeitskräften, Rohstoffen und bestenfalls von Halbfertigwaren. Dafür liefert er dem Süden einen grossen Prozentsatz der Lebensmittel und nahezu alle Konsumgüter. Zudem errichtet die Industrie des Nordens im Süden die «Kathedralen der Wüste» – Industriebetriebe, die völlig unabhängig von der Struktur der Gegend eingerichtet werden, manchmal Hunderten, manchmal aber auch Tausenden von Arbeitslosen einen Arbeitsplatz geben. Was aber wirklich nottäte, wäre ein organischer Aufbau der betreffenden Zonen, unter Berücksichtigung der vorhandenen Rohstoffe, Boden- und Bevölkerungsstruktur usw. Eine solche Politik aber könnte nur durch die Regionen selbst betrieben werden. Das bisherige Vorgehen der reaktionären Kräfte innerhalb der Christdemokraten und anderer Regierungsparteien hat einen Dschungel begünstigt, der bis heute den Süden beherrscht. Örtliche Machthaber, von Grossgrundbesitzern angefangen über Bodenspekulanten, Finanz- und Verwaltungsstellen bis zu Polizei und Kirche (das Ganze verfilzt mit mafiosen Umtrieben) haben sich derartige Positionen geschaffen, dass innerhalb der von ihnen beherrschten Gebiete nichts ohne ihren Willen geschieht. Sie bereichern sich an der Armut und Unwissenheit der Bevölkerung, und sie bereichern sich darüber hinaus an den Mitteln der «Cassa per il mezzogiorno», der inneritalienischen staatlichen Entwicklungshilfe. Milliardenbeträge landeten nicht da, wo sie landen sollten – in der Errichtung von Schulen, Krankenhäusern, Betrieben und Bewässerungsanlagen, sondern grossenteils in den Taschen jener wenigen Privilegierten, denen alles daran liegt, es bei den bestehenden Verhältnissen zu belassen.

Dies ist in kurzen Worten der Hintergrund für die Geschehnisse in Kalabrien. Acht Monate hindurch organisierten faschistische Führer eine Art von Guerilla, legten Brände, warfen Bomben und lähmten monatelang

das normale Leben der Region, ohne dass sich bisher auch nur einer von ihnen oder ihren reaktionären Komplizen in einem Prozess hätte verantworten müssen. (Was hier geschah, kann sich jederzeit an jedem beliebigen Ort des Südens wiederholen – die Ereignisse von Aquila beweisen das.) Der äussere Grund war die Debatte um die Frage, welche der drei Provinzhauptstädte in Zukunft Regionalhauptstadt werden soll. Der wahre Grund aber ist die Furcht der traditionellen Ausbeuter vor der Gefährdung ihrer Privilegien. Dem hat die DC (Christdemokratische Partei) noch Vorschub geleistet: Obwohl die Verfassungskommission des Parlaments eindeutig festgestellt hatte, dass die Entscheidung über den Sitz der Hauptstadt ausschliesslich Angelegenheit des Regionalparlaments ist, schlug Ministerpräsident Colombo vor, zum Sitz der Regionalregierung Catanzaro, zum Sitz des Regionalparlaments Reggio und zum Sitz der Universität Cosenza zu machen. Dem steht der Beschluss des Regionalparlaments vom Februar 1971 gegenüber, endgültig Catanzaro zur Hauptstadt zu ernennen. Der Sitz der Hauptstadt ist unter anderem auch mit einer Anzahl von Arbeitsplätzen verbunden. Wenn man bedenkt, dass in den letzten zwei Jahrzehnten 150 000 Menschen auf der Suche nach Arbeit aus Kalabrien auswanderten, wenn man weiter in Rechnung stellt, dass heute allein in Reggio 10 000 Menschen arbeitslos sind, kann man bis zu einem gewissen Grad sogar verstehen, dass der Kampf um den Sitz der Hauptstadt in harten Formen ausgetragen wird. Aber acht Monate Chaos mit fünf Toten und zahlreichen Verletzten – diese Bilanz findet noch in anderen Ursachen ihre Erklärung. Kalabrien zählt noch heute 31 Prozent Analphabeten. Die Bevölkerung ist in jahrhundertlangem Elend lethargisch geworden. Und dieses Elend nimmt ständig zu, das beweisen steigende Zahl von Emigranten, die Krise der wenigen vorhandenen Industrien, die steigende Landflucht und Arbeitslosigkeit, das abnorme und chaotische Anschwellen der Städte. Deshalb schwelt unter der dortigen Bevölkerung eine dauernde Unzufriedenheit, die bei geringen Anlässen zu wilder Auflehnung führen kann. Es fällt nicht allzu schwer, einem Teil dieser Menschen einzuhämmern, dass die Schuldigen an ihrem Elend entweder in der benachbarten Provinzhauptstadt oder ganz allgemein im «Staat» oder im «reichen Norden» zu suchen sind. Ein Klassenbewusstsein mit Einsicht in die Zusammenhänge ist ihnen schwer beizubringen. Hier haben auch die Arbeiterparteien und Gewerkschaften noch wenig erreicht und sind erst jetzt dabei, auf offenere Ohren zu stossen.

In den letzten Monaten wurde viel über Vergleiche zwischen den Jahren 1920/22 (1922 siegte der Faschismus) und heute geschrieben, wobei die Unterscheidungsmerkmale die Analogien überwiegen. Die Unterschiede sind folgende: 1920 hatte sich die Landbourgeoisie im Norden der starken linken Massenbewegung beugen müssen, als die Landarbeiter einen neuen Tarifvertrag mit grösseren Rechten erkämpft hatten. Die Avantgarde der Arbeiterklasse, die besonders in Turin zahlreiche Fabri-

ken besetzt hatte, konnte ihre Positionen nicht halten, weil sie sich teils in radikalen Maximalforderungen, teils in integrative Strömungen verlor und zu keiner Einigung gelangen konnte. So blieb der Sieg der Land- und Industriearbeiter ohne Folgen. Die Faschisten fanden in dieser Situation – einerseits der Niederlage der Grossgrundbesitzer, der Bedrohung der Unternehmer, andererseits der Uneinigkeit der Arbeiterklasse – Unterstützung in der Grossbourgeoisie, in Nationalisten, in unzufriedenen Bauern, Angestellten, Kleinhändlern und Handwerkern, die insgesamt abgeschreckt waren durch den Kampf der Arbeiter. Darüber hinaus wurden die Faschisten von den Parteien des «nationalen Blocks» unterstützt, von der Polizei, der Verwaltung und den Militärs. Ihre Drahtzieher sassen in Mailand. Bald schloss sich ihnen die Industrie an. Damals nahm der Faschismus vom Norden seinen Anfang und wurde gestärkt, weil die Arbeiterklasse geschwächt und gespalten war. Der erste Unterschied zur Situation von heute besteht also darin, dass diesmal der Süden das Aufmarschgebiet sein soll, dass man sich im Norden und im Zentrum einer starken Einheitsbewegung der Arbeiterklasse gegenüber sieht. Damals bestand im Norden eine Massenbasis für den Faschismus, heute versucht man, sie sich im Süden zu schaffen. Dies ist bisher selbst in Reggio nur teilweise gelungen, und man bemerkt bereits Anzeichen der Schwächung. In Frage kommende Gruppen für die faschistische Infektion sind im Süden die Arbeitslosen und die Jugendlichen mit einer qualifizierten Ausbildung, die keine Arbeitsmöglichkeit finden und keine Perspektiven für ihre Zukunft sehen.

Ein Angriff des Faschismus auf den Norden blieb diesmal ohne Erfolg. Im Gegenteil: die geeinte Arbeiterklasse in Verbindung mit allen demokratischen und antifaschistischen Kräften hat dem Faschismus hier bisher jede Möglichkeit genommen. Der Antifaschismus hat hier alte und starke Wurzeln: es war die Arbeiterschaft des Nordens, die 1943 mit einem Generalstreik das Signal zum Volksaufstand gegen Krieg und Faschismus gab. Im Gegensatz zum Norden und Zentrum des Landes ist es im Süden nie gelungen, eine breite Basis für diesen Volkskrieg zu schaffen. Den Massen dort machte es wenig aus, welcher Nationalität ihre Unterdrücker waren.

Zwei Komponenten gibt es, die mit der Situation von 1922 und heute übereinstimmen. Wieder werden die Fäden vom Norden aus gezogen. Abgesehen von einigen als Faschisten bekannten Personen treten weder die Drahtzieher noch ihre Hintermänner in Erscheinung – die Partei ist ja noch unentschieden. Vom Norden aus werden «Aktionskomitees» organisiert, bestehend aus jungen, gut ausgerüsteten Leuten des Südens. Sie bilden die Schlägertrupps, die skrupellos Einzelpersonen oder Parteilokale überfallen. Beinahe aber noch gefährlicher ist der Versuch der Gründung einer «Liga der Armen». Sie ist eine völlig unrealistische, zwischen den Klassen angesiedelte Organisation, die einen abstrakten Kampf gegen

Rom und den Norden anzuzetteln versucht, um die Massen vergessen zu lassen, dass der Feind ebenso im Süden selbst sitzt und einzig und allein eine Veränderung der Machtverteilung in ganz Italien ihr Elend bessern kann.

Die Regierung operiert heute mit der These der «Gefahr des Extremismus auf beiden Seiten» – sowohl von rechts als auch von links. Aber erstens gingen die Gewalttaten eindeutig von reaktionären bis faschistischen Kräften aus, und zweitens ist die Verfassung der italienischen Republik nicht einfach «demokratisch», sondern ausdrücklich «antifaschistisch-demokratisch» und macht den Kampf gegen jedwede neofaschistische Tendenzen zur Pflicht. Vom Kampf gegen sozialistische Tendenzen ist nirgends die Rede, was auch kein Wunder ist, da die Verfassung ja aus dem Geist der Resistenza und in Zusammenarbeit ihrer Führer entstand.

Ob es gelingt, im Süden eine Massenbasis für den Faschismus zu bilden, hängt vom Erfolg aller sozialistischen und demokratischen Kräfte des Landes ab, Einfluss auf die Bevölkerung des Südens zu nehmen. Hunderte von antifaschistischen Versammlungen und Demonstrationen im ganzen Land, die Neugründung von zahllosen antifaschistischen Komitees, basierend auf den Organisationen der alten Resistenza, haben bewiesen, dass sich der antifaschistische Geist heute wenigstens teilweise auch auf den Süden übertragen lässt. Trotzdem ist die Gefahr noch nicht gebannt. Sowohl die Arbeiterparteien als auch die Gewerkschaften weisen immer wieder darauf hin, dass es nicht allein genügt, die Bevölkerung gegen das Aufleben faschistischer Gewalt zu mobilisieren. Sie verfolgen vielmehr mit allen Mitteln die Strategie, die von ihnen vorangetriebenen und nun in Diskussion befindlichen grundlegenden Reformen zu realisieren, unter ihnen in erster Linie die Etablierung der Regionen, die Reform des Wohnungsbaues, des Gesundheitswesens und der Schule. Diese Reformen würden nicht nur dem Kapital und seinem politischen Instrumentarium den Spielraum erheblich einengen, sondern die Voraussetzungen für weitere Demokratisierungsprozesse bilden. Dies allein ist ein sicheres Mittel gegen die Angriffe der Reaktion.

---

Die Zustimmung der Bevölkerung zu einer sozialistischen Politik kann man weder erschleichen noch über eine willfährige Massenpresse erkaufen. Die Erfolge einer sozialistischen Politik stehen und fallen mit ihrer Offenheit, Durchschaubarkeit und Überzeugungskraft. Diese Attribute sind die sicherste Grundlage für unsere künftige Arbeit.

Herbert Krämer in «Die Zukunft» (Januar 1971)

---